

1 **3. Tagung des 1. Landesparteitages DIE LINKE. Thüringen**
2 **Arnstadt, 27. 3. 2009**

3
4 Einreicher: Detlef Kraus – Bad Frankenhausen

5
6 **Antrag zur Stabilisierung der innerparteilichen Demokratie durch die Verbesserung der**
7 **Arbeitsfähigkeit der Delegierten**

8
9
10 Das höchste Organ der Partei ist der Parteitag. Hier sollen, unter breiter Mitwirkung der Basis, die
11 durch die Delegierten vertreten wird, Beschlüsse gefasst werden die, für Alle verbindlich, Rahmen und
12 Ziel parteilicher Arbeit vorgeben.

13
14 Deshalb ist es nötig dass jeder Delegierte optimal in die Lage versetzt wird sich mit den
15 Beschlussanträgen, die zum größten Teil von den Vorständen entworfen werden, vertraut zu machen.
16 Es muss ihm darüber hinaus auch möglich sein, bei Zweifeln an seiner individuellen persönlichen
17 Meinung, Unterstützung und Beratung durch die Genossen seines Heimatkreises in Anspruch zu
18 nehmen.

19
20 Da die Beschlussanträge 4 Wochen vor dem PT in den Händen der Delegierten sind, ist das in Bezug
21 auf die eigentlichen Beschlussanträge auch möglich.

22 *Am Tage des PT selbst erhält der Delegierte aber dann ein Heft mit gebündelten Anträgen zur Änderung*
23 *der Beschlussanträge und obendrein noch eine beträchtliche Anzahl loser Blätter mit*
24 *Änderungsanträgen.*

25
26 Diese gebundenen und ungebundenen Änderungsanträge, die sich sehr oft noch gegenseitig
27 widersprechen, sind mit ihren Inhalten aber genauso Gegenstand der vom Delegierten geforderten
28 Entscheidungen wie die Beschlussanträge selbst.

29 Er muss die Änderungsanträge in kürzester Zeit den Beschlussanträgen und die Änderungsanträge
30 untereinander zuordnen, er muss den Kern des Für und- Wider herausarbeiten und sich so eine
31 verantwortbare Meinung bilden.

32
33 Das ist in guter Qualität, auf sich alleine gestellt, in kurzer Zeit nicht möglich!

34
35 Deshalb wird vorgeschlagen:

- 36
37 1. Wenn die Delegierten nach 4 Wochen die Beschlussanträge erhalten, haben sie eine Woche
38 (7 Tage) Zeit, Änderungsanträge, unter Inanspruchnahme der Beratung durch die Genossen
39 seiner jeweiligen Basisorganisation, zu formulieren und der Landesgeschäftsstelle
40 zuzusenden. Hier ist Parteidisziplin angebracht und nötig.
41 (verantw. Delegierter und Kreisvorsitzender)
42
43 2. Innerhalb von 14 Tagen stellt die Landesgeschäftsstelle dann die Beschlussanträge und die
44 eingegangenen Änderungsanträge thematisch und nach ihrem zeitlichen Eingang geordnet
45 zusammen und sendet diese den Delegierten zu.
46
47 3. Die haben nun wieder eine Woche Zeit bis zum PT und können so auch die neue
48 Meinungslage, die sich durch die Änderungsanträge ergeben hat, mit ihrer jeweiligen Basis
49 beraten.
50 (verantw. Delegierter und Kreisvorsitzender)
51 *Auf diese Art werden in umfanglichster Weise die Genossen in den Grundorganisationen in die*
52 *Gesamtdiskussion einbezogen und eine hochwertige Delegierteneinstellung zum jeweiligen*
53 *Thema erarbeitet.*
54
55 4. Auch die Antragsberatungskommission hat so eine Woche Zeit die Änderungsanträge zu den
56 Beschlussanträgen zu prüfen und zu bewerten.
57 Die ABK soll ihre Arbeit schriftlich und zuordnend nummeriert den Delegierten zu Beginn des
58 PT zur Verfügung stellen um damit dessen Meinungsbild abzurunden.(verantw. ABK)
59
60

- 61 5. Technisch – Organisatorisches:
62 Die eigentlichen Beschlussanträge werden mit herkömmlicher Schrift, die Änderungsanträge
63 kursiv geschrieben und mit Querstrichen untereinander getrennt und seitlich nummeriert.
64 (verantw. LGS)
65
66 Die jeweiligen Änderungen beginnen mit dem letzten zwei Worten und einem Punkt des nicht
67 beanstandeten Teiles des Beschlussantrages und enden, nach einem Punkt mit den ersten
68 zwei Worten des nicht beanstandeten Beschluss-Antragstextes. Wenn die Änderungen den
69 Anfang oder das Ende eines Beschlussantrages betreffen, fällt die jeweilige Kennung am
70 Anfang oder am Ende weg. Die Änderungen werden immer im vollen Satz formuliert.
71 (verantw. Delegierter)
72
73 Unter den angegebenen Nummern finden sich im hinteren Teil des Heftes die Begründungen
74 zu den Änderungsbegehren, so dass im vorderen Teil nur die eigentlichen Änderungen, unter
75 dem beanstandeten Beschlussantrag stehen. (verantw. LGS) Dadurch ist ein klarer Überblick
76 über die Meinungsvielfalt und eine gute Entscheidungsfähigkeit der Delegierten gewährleistet.
77
78
79
80
81 Der PT möge beschließen, dass der LV dem 2. PT empfiehlt die vorgeschlagene Bearbeitung
82 der Beschlussanträge auf diese neue Art zu beschließen und für sich so ab der 2. Tagung des
83 2. PT in Anwendung zu bringen.